

**Weder Satellisierung
noch EG-Diktat
noch Isolation!**

AUNS

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Präsident: NR Christoph Blocher; Vizepräsidenten: NR Paul Eisenring, a. NR Otto Fischer. 6000 Mitglieder.
Information: AUNS, Postfach 245, 3000 Bern 7, Telefon 031 447979, PC 30-10011-5

GENERALSEKRETARIAT EVD	
28. NOV. 1991	
GS	
BÄWI	
BIGA	
BLW	
BVET	
BFK	
BWL	
BWO	
EGV	
KK	
KF	
PU	
Reg. Nr.	

Handwritten initials

Grauer Brief
Nr. 29

zum Hineinleuchten in die Grauzonen
der schweizerischen Aussenpolitik ...

DIE SEGnungen DER ENTWICKLUNGSHILFE

2520.1-EG

1990 hat die Entwicklungshilfe aus schweizerischen Steuergeldern die Marke von 1 Milliarde Franken (= 1000 Millionen) überschritten. Der Bundesrat hat schon weitere massive Erhöhungen angekündigt, und dies trotz den gewaltigen Defiziten beim Bundeshaushalt.

Die Militärausgaben der Dritten Welt werden auf 170 Milliarden Dollar geschätzt. An der Spitze der Bezüger steht Indien, das 17,3 Milliarden Franken für Rüstungen ausgibt. Es ist dasselbe Indien, in das in grossem Stil Entwicklungshilfe auch aus der Schweiz fliesst. Mit unseren Devisen wird also das militärische Potential dieses Staates aufgebaut. Neben der Militarisierung der Dritten Welt sind weitere Folgen die katastrophale Bevölkerungsexplosion, die Verslumung immer gigantischer werdender Grosstädte, Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung der Umwelt und der herkömmlichen Strukturen. In den Zeitungen konnte man lesen, dass in den Entwicklungsländern der Bevölkerung das Geld für Empfängnisverhütungsmittel fehlt! Es wird eben für andere Dinge, die die dortigen Potentaten mehr interessieren, gebraucht.

*

Im Zusammenhang mit der Atombombe, die Saddam Hussein entwickelte, konnte man in den Zeitungen lesen, dass es noch andere Länder gibt, die das gleiche tun. Darunter auch ausgesprochene Entwicklungsländer, die von der westlichen Welt massiv unterstützt werden, so z.B. Brasilien, Argentinien, Pakistan und natürlich Indien. Der Tag wird kommen, wo diese mit unseren Steuergeldern aufgepäppelten Grosstaaten ihre militärische Macht gegen den Westen einsetzen werden. Saddam Hussein war nur ein Vorläufer.

*

Und in diesem Moment will die Schweiz sich mit fast 10 Milliarden Schweizerfranken beim Internationalen Währungsfonds und der Weltbank engagieren! Mit dem Referendum gegen diese unverantwortliche Geldverschleuderei wirken wir zu gleicher Zeit den Fehlentwicklungen in der Dritten Welt entgegen.

November 27. 11. 91 M4

An den Bundesrat

EDI
EJPD
EMD
EFD
<input checked="" type="checkbox"/> EVD
EVED
BK
Empfang bestätigt:

IN EIGENER SACHE

Der Weg bei der Integration ist vorgezeichnet: Im Jahre 1992 werden die eidgenössischen Räte den Einbau unseres nationalen Rechts in das EG-Recht mit gleichzeitiger teilweiser Ausschaltung der Volksrechte und des föderalistischen Staatsaufbaues beraten und Ende des Jahres haben Volk und Stände über alles zu entscheiden. Die AUNS hat am 5. Oktober 1991 bereits Beschluss gefasst und nach kontradiktorischer Beratung mit 272 gegen 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen in geheimer Abstimmung entschieden, den EWR-Vertrag mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Dabei ist dieser Beschluss wörtlich zu nehmen. Es handelt sich schon beim EWR, bei seinem Charakter als Vorstufe zu einem Vollbeitritt, um den Entscheid über das zukünftige Schicksal unseres Landes als selbständiges Staatswesen. Dass es Behörden und prominente Leute gibt, die den Schritt in die EG leichthin tun wollen, erinnert an die Zeit vor 50 Jahren, als man auch von einer Neuordnung Europas sprach. Wir hatten damals Glück, dass die Anpasser nicht zum Ziele kamen. Heute hat das Schweizervolk darüber zu entscheiden. Wir werden von der AUNS aus antreten und bitten alle unsere Mitglieder schon heute, uns dabei durch Aufklärung anderer Kreise über die Zusammenhänge, durch Mitgliederwerbung und durch finanzielle Beiträge zu helfen. Der heutigen Kapitulationsbereitschaft des Bundesrats soll im Herbst 1992 eine Demonstration des Selbstbehauptungswillens des Schweizervolkes folgen.

*

Wenn Sie eine Zeitung haben wollen, die kein Aergernis ist, sondern Ihnen Freude macht, abonnieren Sie die "Schweizerzeit".

Schweizerzeit

*Konservative Zeitung für Unabhängigkeit,
Föderalismus und Freiheit*

*erscheint vierzehntäglich,
Jahresabonnement Fr. 40.--*

22mal jährlich

- aktuelle Berichte zu den wesentlichen innenpolitischen Themen von heute
- fundierte militärpolitische Hintergrundinformation
- sorgfältig erarbeitete Berichterstattung über die Brennpunkte des Weltgeschehens
- prägnante, angriffige Kommentare zum Geschehen unserer Zeit

... damit das gesagt wird, was nicht ungesagt bleiben darf.

Verlangen Sie jetzt eine

Gratis-Probenummer

Sie erhalten dazu *kostenlos* die soeben im "Schweizerzeit"-Verlag erschienene *aktuelle Publikation*

Jörg Zumstein

(ehem. Generalstabschef der Schweizer Armee):

"Widerstand hat viele Gesichter"
*Bedrohung und Widerstand aus heutiger
schweizerischer Sicht*



Senden Sie mir Probenummern der "Schweizerzeit" zusammen mit der aktuellen Broschüre von Korpskommandant Jörg Zumstein

Name: _____

Vorname: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Einsenden an:
"Schweizerzeit" Verlags AG, Postfach 23, 8416 Flaach,
Tel. 052 - 42 15 90, Fax 052 - 42 15 69

DIE KAPITULATION

Zwei Tage nach den eidgenössischen Parlamentswahlen ist das eingetreten, was politische Beobachter vorausgesehen haben: Der Bundesrat hat sich für die Unterzeichnung eines Vertrags über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ausgesprochen. Er hat dabei die Gelegenheit benützt, auch das zu tun, wonach ihn Zeitungen und Politiker drängten: ausdrücklich einen Beitritt der Schweiz zur EG in Aussicht zu nehmen. Er hat wohl nur deshalb keinen Termin für ein solches Beitrittsgesuch angegeben, weil er erst die für Ende 1992 vorgesehene eidgenössische Volksabstimmung über den EWR abwarten will. Nicht einmal die Tatsache, dass bei den Wahlen gerade diejenigen Parteien, die keinen Beitritt zur EG oder zum EWR wollen, Fortschritte gemacht haben, hat den Bundesrat davon abhalten können, den Abschluss der EWR-Verhandlungen mit Euphorie zu begrüssen und sich gleichzeitig mutwillig für den folgenreichsten Schritt, der uns überhaupt bevorstehen kann, zu entscheiden.

Beim EWR ist von der Schweiz aus keines der aufgestellten Verhandlungsziele erreicht worden. Bei der Uebernahme des *acquis communautaire*, das heisst des bestehenden EG-Rechts, ist die Kapitulation vollständig: Abgesehen von einigen bedeutungslosen Uebergangsfristen sind alle schweizerischen Ausnahmebegehren von der EG abgelehnt worden. Auch die als selbstverständliche Bedingung verlangte Mitentscheidung bei der Fortentwicklung des EWR-Rechts ist hoch im Bogen refüsiert und durch ein in der Praxis nicht praktikables Vetorecht ersetzt worden. Die doppelte Satellisierung, zuerst durch die EFTA und dann durch die EG selbst, ist perfekt.

Und dass der EWR vom Bundesrat jetzt offiziell als Uebergangsstufe zu einem Vollbeitritt zur EG erklärt worden ist, während er früher als selbständiges und auf Dauer ausgerichtetes Regime zwischen Alleingang und Mitgliedschaft betrachtet wurde, zeigt, wie nachgiebig die schweizerischen Behörden in so kurzer Zeit geworden sind.

Mit dem Entscheid zugunsten eines EG-Beitritts legt der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft ein offenes Bekenntnis zum Verzicht auf die Neutralität, zu einem entscheidenden Abbau der Volksrechte und des Föderalismus ab. Gleichzeitig will er die Souveränitätsrechte unseres Landes an übermächtige Brüsseler Zentralbehörden mit minimalem demokratischem Aufbau freiwillig abtreten. Und dies ausgerechnet zur Zeit, wo der Bund das 700-jährige Bestehen als unabhängiges Staatswesen feiert ...

ZUSAMMENFASSUNG DER EROEFFNUNGSANSPRACHE VON PRAESIDENT NATIONALRAT DR. CHRISTOPH BLOCHER AN DER 5. MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER AKTION FUER EINE UNABHAENGIGE UND NEUTRALE SCHWEIZ(AUNS) VOM 5.OKTOBER 1991 IN BERN

Die AUNS wurde im Sommer 1986 als Nachfolgeorganisation des Aktionskomitees gegen den UNO-Beitritt gegründet, das am 16. März des gleichen Jahres einen spektakulären Abstimmungserfolg (3/4 der Stimmen und alle Stände) erzielte. In Art. 2 der Statuten wird als zentrales Ziel der AUNS die Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft festgelegt. Die AUNS

überwacht zu diesem Zwecke die Aussenpolitik des Bundes und sie kämpft gegen den immer grösser werdenden Aktivismus und gegen unnötige internationale Engagements. Die 5 Jahre der AUNS bestätigen die Richtigkeit und die Nowendigkeit dieser Arbeit.

Dass hiefür im Volk Verständnis besteht, zeigt die Entwicklung des Mitgliederstandes. Die AUNS zählt heute bereits über 6'500 Mitglieder. Allein in diesem Jahr sind 1'500 dazugekommen. Es ist uns auch gelungen, die bei solchen Organisationen in der Regel schwierige Finanzierung von Anfang an zu lösen. Die AUNS verfügt heute bereits über ein Vermögen von mehr als 700'000.- Franken. Es bildet den Grundstock einer "Kriegskasse" für die bevorstehenden Urnengänge auf aussenpolitischem Gebiet. Die Geschäftsführung wird ehrenamtlich besorgt und wir erhalten neben dem bescheidenen Jahresbeitrag von Fr. 35.- von unseren Mitgliedern unzählige freiwillige Zuwendungen.

Die AUNS darf für sich in Anspruch nehmen, die einzige Organisation zu sein, die sich mit der schweizerischen Aussenpolitik kritisch befasst und die nach der kurzen Zeit ihres Bestehens über eine breite und im Volk verankerte Basis verfügt.

*

Angesichts der schicksalshaften Bedeutung der EG-Frage für unser Land hat diese für die AUNS erste Priorität unter Hintanstellung aller andern Probleme. Der EWR steht heute im Vordergrund und wir haben unsere Jahresversammlung immer wieder hinausgeschoben, um dazu Stellung nehmen zu können. Auch heute kennt man den genauen Text des EWR noch nicht. Aber alles was für ein Urteil darüber nötig ist, weiss man und weil wir nun unsere Jahresversammlung abhalten müssen, hat der Vorstand der AUNS beschlossen, zum EWR-Vertrag abschliessend Stellung zu nehmen und zwar kontradiktorisch. Wir danken Herrn Nationalrat Ernst Mühlemann, dass er sich für das befürwortende Referat zur Verfügung stellt.

PRESSEMITTEILUNG

In Bern fand am 5. Oktober 1991 unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. Christoph Blocher die Jahresversammlung der 6'500 Mitglieder zählenden Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) statt.

Nachdem die entscheidenden Elemente eines EWR-Vertrages bekannt sind, wurde nach kontradiktorischer Beratung (pro NR E. Mühlemann, kontra NR Chr. Blocher) mit 282 gegen 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen, den Bundesrat aufzufordern, von einer Unterzeichnung abzusehen. Der EWR würde zu einer doppelten Satellisierung, zuerst durch die EFTA und in der Folge durch die EG führen, da eine Mitentscheidung beim EWR-Folgerecht ausgeschlossen ist und beim "acquis communautaire" permanente Ausnahmeregelungen von der EG abgelehnt worden sind. Der EWR wäre lediglich eine Vorstufe für einen EG-Beitritt. Unsere Neutralitätspolitik würde unglaubwürdig und in den vom Vertrag erfassten entscheidenden Gebieten würden wir der Volksrechte (Abstimmungen über Verfassungsänderungen und Staatsverträge, Referendum, Initiativrecht)

sowie der Autonomie der Kantone und Gemeinden beraubt. Dies, der Verzicht auf weitgehende staatliche Souveränitätsrechte, und die zu erwartende Ausnivellierung unserer Wirtschaft nach unten wären nicht zu verantworten. Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz wird deshalb einen EWR-Vertrag in der Volksabstimmung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Die Mitgliederversammlung bekräftigte ferner die frühere Stellungnahme, wonach ein Beitritt zur EG mit seinem Verzicht auf die Neutralität und auf immer weitergehende Teile der Volksrechte und des Föderalismus mit dem entsprechenden Abbau unserer staatlichen Selbständigkeit unter keinen Umständen in Frage kommen kann.

Aus der Mitgliedschaft erfolgte erneut massive Kritik an der vom Bundesrat betriebenen hilflosen und dem Lande schadenden Asylpolitik. Die AUNS verlangt mit Nachdruck die Anwendung des Notrechts-Artikels 9 des Asylgesetzes.

Der vorgesehene Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wird von der AUNS scharf verurteilt. Es handelt sich um eine grundlose Verschleuderung von fast 10 Milliarden Franken des schweizerischen Volksvermögens. Die AUNS wird ein Referendum unterstützen.

Anstelle der verstorbenen alt Botschafter André G. Parodi und Ständeratspräsident Dr. Max Affolter wählte die Versammlung Martin Chevallaz (Epalinges/VD), Instruktionsoffizier und Rudolf Syz, Industrieller aus Liestal, zu neuen Vorstandsmitgliedern.

ZUM BERICHT HAUSER UEBER DIE EG/EWR-AUSWIRKUNGEN

Der St. Galler Professor Heinz Hauser hat im Auftrag des Bundesrats eine Studie über die wirtschaftlichen Konsequenzen der drei europapolitischen Alternativen EWR-Vertrag, EG-Beitritt und Alleingang ausgearbeitet. Er kommt zu folgenden Hauptergebnissen:

- Die Schweiz ist heute schon wirtschaftlich sehr stark in die EG integriert.
- Der Arbeitsmarkt wird sich entscheidend auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung auswirken.
- Bei EWR oder EG soll gegenüber dem Alleingang ein zusätzlicher Anstieg des Bruttoinlandprodukts von 4 - 6% in den nächsten 10 Jahren, also um 0,4 - 0,6% jährlich entstehen.
- Der grössere Teil dieses "Wohlfahrtsgewinns" soll auf die interne Liberalisierung (inkl. Arbeitsmarkt) zurückzuführen sein. Sofern die Schweiz diese Liberalisierung autonom vollzieht, verringert sich der Wirtschaftszuwachs entsprechend.
- Wirtschaftlich lassen sich EWR-Vertrag, EG-Beitritt und Alleingang vertreten "sofern letzterer nicht Ausdruck einer nach Innen gerichteten, protektionistischen Haltung ist".

- Für die Landwirtschaft sinkt im Beitrittsfall der Rohertrag um 35 - 45% bei einer Verminderung der Produktionskosten um 30 - 35%; der gesamthafte Einkommensausfall der Bauern soll zwischen 1,1 - 1,8 Milliarden Franken betragen, bei einem Einkommensstand von 3,750 Mia Franken im Jahre 1989. Voraussetzung sei jedoch eine "baldige und europaverträgliche Strukturanpassungspolitik", d.h. die Ausschaltung weniger günstig gelagerter Betriebe.
- Bei einem EG-Beitritt müsste die Mehrwertsteuer eingeführt werden. Davon würden 9,1% Steuersatz zur Kompensation aller Einnahmehausfälle und Mehrausgaben verwendet werden. 1% Mehrwertsteuer macht 1,6 Mia Franken aus, was für den Bundeshaushalt also einem Nettoabfluss an die EG von total fast 15 Mia Franken entsprechen würde. Da der Mindestsatz der Mehrwertsteuer aber in der EG 15% beträgt, würden dem Bund 9 1/2 Mia Franken zur freien Verfügung stehen!
- Die eigentlichen Finanzströme Schweiz-EG - unbekümmert der rein fiskalischen Kompensation - würden einen Saldo von 2,3 Mia Franken zu unseren Lasten zur Folge haben.

*

Der umfangreiche und sehr ins Detail gehende Bericht Hauser bestätigt, dass von einer wirtschaftlichen Notwendigkeit oder sogar einem Zwang, uns mit der EG institutionell zu binden, keine Rede sein kann. Die paar Promille, die nach den Berechnungen in der Studie unser Wirtschaftswachstum im Falle EWR/EG höher sein soll als bei einem Alleingang liegen innerhalb der Fehlergrenze. Wir vertreten sogar die These, dass die in der hohen Arbeitslosenzahl von 15 Mio, im viel höheren Volkseinkommen und der höheren Investitionsquote der Schweiz zum Ausdruck kommende Strukturschwäche der EG bei uns eine Nivellierung nach unten zur Folge hätte, die stärker ins Gewicht fällt. Die Bedeutung, die einer Liberalisierung des Arbeitsmarkts durch Hauser beigemessen wird, hängt im übrigen in der Luft, denn sie basiert auf der unbewiesenen These, dass bei einer Liberalisierung nur ein geringer Zuwanderungsdruck von EWR-Staatsangehörigen entstehen würde. Es wird nicht in Rechnung gestellt, dass die seit Jahrzehnten unter chronischem Arbeitskräftemangel stehenden schweizerischen Arbeitgeber wahrscheinlich eine beträchtliche Sogwirkung auf die nun frei zur Verfügung stehenden EWR-Arbeitnehmer ausüben würden, da alle andern Staatsangehörigen ja weiterhin kontingentiert wären. Dass daraus ein Lohndruck nach unten entstehen würde, liegt auf der Hand.

*

Die Studie Hauser ist deshalb wertvoll, weil sie der Legende der wirtschaftlichen Notwendigkeit eines EWR oder der EG selbst entgegentritt, und gleichzeitig die gewaltigen Belastungen der Bundeskasse und die schwere Einkommenseinbusse der Landwirtschaft quantifiziert.

EG-LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

In der EG hat es auf 350 Mio Einwohner 10 Mio Bauern. Diese haben 1990/91 172 Mio t Getreide produziert, was weit über den Absatzmöglichkeiten liegt. Deshalb soll der Garantiepreis für Getreide um 35% gesenkt werden. Als Einkommensausgleich sind Direktzahlungen vorge-

sehen, die sich an der Fläche und der Produktivität der jeweiligen Region orientieren. Dazu kommen Flächenstillegungsprogramme und wer mindestens 15% der Anbaufläche stilllegt, erhält Kompensationszahlungen.

Bei den EG-Milchproduzenten gibt es neben einer Quotenreduktion eine weitere Preissenkung um 4%. Ausgenommen sind kleine und mittlere Betriebe mit 40 und weniger Kühen!

Beim Rindfleisch sollen die Preissenkungen 10% betragen. Die Preissenkungen sollen über 3 Jahre verteilt werden und neben den Ausgleichszahlungen für Flächenstillegungen soll für Landwirte über 55 Jahre eine Verbesserung der Vorruhestandsregelungen eingeführt werden.

IM FALLE EINER ABLEHNUNG DES EWR

Der Vizepräsident der EG, Andriessen, hat in einem Interview mit der Schweizerischen Handelszeitung Angaben gemacht, die es verdienen, festgehalten zu werden:

- Im Falle einer Nichtunterzeichnung eines EWR-Vertrages würden sich die Chancen der Schweiz, bei der EG ein Gesuch um Mitgliedschaft zu stellen, nicht vermindern. EWR und EG-Mitgliedschaft sind zwei verschiedene Dinge. Ein Mitmachen im EWR präjudiziert im Hinblick auf einen Beitritt gar nichts.
- Die EG ist mit ihren Strukturen an den Grenzen des Verkräftbaren angelangt und die grundsätzlichen Konsequenzen einer Erweiterung müssen eingehend geprüft werden. Wir stehen vor Beitrittsgesuchen aus der Türkei, Oesterreich, Zypern, Malta und Schweden und es könnten noch weitere dazukommen wie Norwegen, Finnland und ev. Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei. In einigen EFTA-Ländern werden offenbar die Schwierigkeiten, die mit einem Beitritt verbunden sind, etwas unterschätzt.
- Unabhängig von den Verhandlungen im Rahmen des EWR brauchen wir bestimmt zusätzliche 3-4 Jahre für die Beitrittskandidaten. Neben dem Binnenmarkt geht es nämlich um die Währungsunion, die Wirtschaftsunion und die Politische Union und um die finanziellen Verpflichtungen als Mitglied.
- Wenn die Schweiz den EWR-Vertrag ablehnt, "ist es durchaus denkbar, dass wir unsere Beziehungen auf den bestehenden und neuen auszuhandelnden Vereinbarungen weiterentwickeln können".
- Wir haben immer gesagt, dass ohne Einigung im Bereich des Alpentransits ein EWR nicht möglich ist. Wenn man in Europa mitmachen will, wird man beim Transit gewisse Kompromisse akzeptieren müssen.
- Es sind verschiedene Modelle einer Teilmitgliedschaft auch für die EFTA-Länder denkbar. "Sicher ist jedoch, dass die Gemeinschaft es sich nicht leisten kann, die Beziehungen mit ihren Nachbarn zu vernachlässigen". Ich glaube, dass wir noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben.
- Der EWR ist keine Teilmitgliedschaft, sondern eine Assoziation und er betrifft nur den Binnenmarkt. Bei der Teilmitgliedschaft gehen wir von einem grundsätzlichen Bekenntnis des betreffenden Landes aus, sich als Teil der europäischen Familie zu verstehen. Dabei gäbe es gewisse Sektoren, bei denen diese Länder nicht mitmachen wollen. In den Bereichen, in denen man die Verpflichtungen übernimmt, könnte man auch mitbestimmen.

- Dass die bevölkerungsmässig stärkeren Länder in der EG mehr Gewicht haben, müssen wir in Kauf nehmen. In der Demokratie ergeben sich aber auch Allianzen.

ZUM NORMIERUNGSPROBLEM

An der Mitgliederversammlung der Schweizerischen Normen-Vereinigung (SNV) wurden interessante Ausführungen über die Europäisierung des schweizerischen Normenwerks gemacht. Als Mitgliedland der CEN (Comité Européen de Normalisation) sowie zwei anderen Parallelorganisationen, dem Cenelec und dem ETSI, denen die EG- und die EFTA-Staaten angehören, haben wir uns verpflichtet, sämtliche europäische Normen in unser Normenwerk aufzunehmen. Der Zugang der Schweiz zum europäischen Normenwerk hänge nicht davon ab, ob wir dem EWR oder der EG angehören. Die EG kapsle sich nicht durch technische Normen ab, was ja auch den GATT-Regeln für den internationalen Handel widersprechen würde. Schweizer Produkte, die die EG-Normen erfüllen und zertifiziert seien, könnten in Zukunft überall im EG-Binnenmarkt abgesetzt werden. Das Problem sei für uns vielmehr die Ueberführung der EG-Normen in das schweizerische Recht, wofür der schweizerische Gesetzgeber zuständig sei.

POSITIVES UEBER CH

Die schweizerischen Industriellen sehen gebannt nach Brüssel und die massgebenden Leute mancher grosser schweizerischer Industriebranchen sind bereit, alle staatspolitischen Grundlagen unseres Landes über Bord zu werfen, nur weil sie Angst vor dem europäischen Binnenmarkt haben. So ist es geradezu eine Wohltat zu hören, was ein deutscher Grossindustrieller, der in Süddeutschland und im Kanton St. Gallen Fabriken betreibt, über den Standort Schweiz aussagt.

In einem Referat vor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell hat Hans Peter Stihl, Chef des gleichnamigen deutschen Maschinenbau-Konzerns mit über einer Milliarde Umsatz erklärt, dass die Kosten je Montagestunde in seinem Schweizer Werk 1/3 geringer seien als in Baden-Württemberg. Löhne und Produktivität seien zwar ungefähr gleich, in der Schweiz würden aber 42,5 und in Deutschland nur 37 Stunden pro Woche gearbeitet und die Schweizer hätten nur 2/3 der Ferien ihrer deutschen Kollegen zugute. Es seien überdies nur 1/3 so viele krank! Dazu müsste man bei uns weniger Steuern bezahlen und dank des Arbeitsfriedens sei das soziale Klima besser. Die Darlegungen von Stihl werden durch eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln bestätigt. Dank dieser Umstände und dank günstigerer Energiekosten, Realzinsen, Abgaben, Ausbildungsstand und Infrastruktur hat der deutsche Industrielle in seinem Werk in Wil eine bessere Rendite als in Deutschland ...

*

Aus dem Bericht über die ordentliche Generalversammlung der Papierfabrik Netstal AG konnte entnommen werden, dass diese gut florierende Firma sechs Betriebe in den EG-Ländern führt. Der Präsident stellte

- 9 -

dabei fest, "dass die guten Ergebnisse und die hohe Produktivität des einzigen Nicht-EG-Standorts Netstal nur dank den schweizerischen Rahmenbedingungen erreicht werden konnten".

*

Und was sagt die Nummer 2 des Chrysler-Konzerns, der Schweizer Bob Lutz zu diesen Dingen?

- Die Amerikaner betrachten die Schweiz als eines der wenigen hoch entwickelten Industrieländer, das absolut mit der modernen Zeit zu-rechtkommt.
- Die Schweiz droht wegen der EG nicht unterzugehen. Sie nimmt euro-päisch und weltweit eine Sonderrolle ein. Die ganze Welt erkennt, dass die Schweiz nicht einfach ein weiteres europäisches Land ist, das man in einen grösseren EG-Topf einschweissen kann. Die Parallele zu ihr ist Japan, wo das Qualitätsdenken ebenso stark ausgeprägt ist.
- Neutralität und politische Unabhängigkeit - all das wäre für mich als Schweizer sehr schwer aufzugeben.

*

Im übrigen hat das Statistische Büro der EG mit Namen Eurostat einen Datenband "A social portrait of Europe" herausgegeben, der beweist, dass die Schweiz auch heute noch ein wirtschaftlicher Sonderfall ist. In Kaufkraftparitäten gerechnet erarbeitet die Schweiz pro Kopf be-deutend mehr als die EG-Staaten inkl. Luxemburg und Deutschland. Wir arbeiten länger als anderswo und haben dafür praktisch keine Arbeits-losigkeit im Gegensatz zu allen EG-Ländern. Die sogenannte Armutsquote ist bei uns bedeutungslos und als Indiz gilt der grosse Ferienaufwand der bei uns betrieben wird ...

*

Wenn man diese Zeugnisse und Aussagen erfolgreicher Industrieller liest, muss man unwillkürlich an die Oekonomie-Professoren denken, die fern der praktischen Wirtschaft vom Niedergang unseres Landes faseln, wenn es der EG nicht beitrifft.

ANPASSUNG DER SCHWEIZERISCHEN GESETZGEBUNG AN DAS EWR-RECHT

Eine parlamentarische Arbeitsgruppe hat sich mit der Anpassung des schweizerischen Rechts an den "acquis communautaire" im Falle der Unterzeichnung eines EWR-Vertrags befasst.

Ausgehend von der offenbar nicht mehr zu diskutierenden Feststellung, dass der EWR-Vertrag sämtlichen entgegenlaufenden schweizerischen Ver-fassungsbestimmungen, allen Gesetzen und Verordnungen von Bund, Kan-tonen und Gemeinden vorgeht, d.h. diese ausser Kraft setzt, wird unter-schieden zwischen Vorschriften aus Brüssel, die abschliessend sind und solchen, bei denen wir noch einen gewissen "Gestaltungsspielraum" haben. Dort wo ein solcher Gestaltungsspielraum nicht besteht, sind unsere Verfassungsbestimmungen und Gesetze unter Ausschluss des Referendums den Vorschriften aus Brüssel anzupassen.

Wenn aber dem Bundesgesetzgeber ein gewisser gestaltender Spielraum verbleibt, soll das ordentliche Gesetzgebungsverfahren mit Referendumsvorbehalt erfolgen. Der heikle Unterschied, ob und inwieweit tatsächlich ein solcher Spielraum vorhanden ist, soll vom Parlament und nicht vom Bundesrat gefällt werden.

Die Arbeitsgruppe kommt sodann zum Schluss, dass das Dringlichkeitsrecht von Art. 89bis der Bundesverfassung, das sie erstaunlicherweise als "politisch ohnehin prekär" bezeichnet, in diesem Fall erst nach gründlicher Ueberarbeitung zur Anwendung gelangen sollte.

Die Kommission empfiehlt, dem Parlament zusammen mit dem EWR-Vertrag eine Verfassungsvorlage zu unterbreiten, wonach die Anpassung des schweizerischen Rechts nicht dem Referendum unterstellt wird, wobei geprüft werden soll, ob dies generell oder nur für Fälle ohne Gestaltungsspielraum geschehen soll. Für den Fall einer dringlichen Uebernahme von EWR-Recht soll eine Verfassungsänderung über die Neuordnung des Dringlichkeitsrechts zusammen mit dem EWR-Vertrag vorgelegt werden.

Damit das Parlament dies alles bewältigen kann, sind Sondersessionen vom 27.-31. Januar, 27. April - 9. Mai und ev. vom 24.-27. August 1992 geplant. Die Volksabstimmung über den EWR-Vertrag, die Kompetenzdelegation an das Parlament und ev. die Revision des Dringlichkeitsrechts könnten im September oder Dezember 1992 stattfinden ... Für die Anpassungen der Verfassung und der Gesetze durch das Parlament werden entsprechende Botschaften ab Dezember 1991 erwartet.

NOTIZEN

Die in den Wahlen siegreiche Auto-Partei lehnt einen Beitritt zum EWR und zur EG ab. Auch die Eidgenössische Demokratische Union, die nun einen Vertreter im Nationalrat hat, vertritt den gleichen Standpunkt.

*

Heute leben auf der Welt 5,35 Milliarden Menschen, mehr als doppelt so viele wie 1950. Jährlich kommen 90 Mio dazu. Wir quälen uns in der Schweiz mit allerlei mehr oder weniger wirksamen Massnahmen, um die Umwelt zu schonen. Man würde sich gescheiter Gedanken darüber machen, wie die Umwelt in den heute unterentwickelten Ländern aussehen wird, wenn sich dank der Entwicklungshilfe dort die Bevölkerung in diesem explosiven Tempo weiter vermehrt.

*

Unter dem vielsagenden und absolut zutreffenden Titel "EWR-Vertrag - eine Form legalisierter Hegemonie?" hat Prof. Daniel Thürer in der NZZ eine Charakterisierung des EWR-Vertrages vorgenommen. Er sagte, dass es nicht zu verkennen sei, "dass wir vor dem Phänomen eines faktisch einseitigen, "hegemoniale" Züge tragenden Vertragsverhältnisses stehen".

Diejenigen, die immer noch hoffen, dass Bundesrat und Parlament ein so schlechtes und für unser Land so unwürdiges Vertragswerk nicht unterzeichnen werden, werden sich täuschen. Der EWR-Vertrag wird unterzeichnet werden und es ist dann an Volk und Ständen, diese unverantwortliche Vorlage zurückzuweisen. So weit haben wir es eben in der Schweiz gebracht.

*

- 11 -

"Man möchte der Schweiz mehr Selbstbewusstsein wünschen", sagte ein prominenter Liechtensteiner kürzlich an einer Tagung im Zusammenhang mit der EG-Frage.

*

700 Jahre Eidgenossenschaft

1. Bild In einer Bank macht ein Tamile eine Einzahlung und zwar mit Tausendernoten.
2. Bild In Freiburg wird ein Drogenhändlerring verhaftet. Bei den 17 Leuten handelt es sich um einen Schweizer und 16 Asylbewerber.
3. Bild Ein 26-jähriger Angole hat zwischen August 1990 und Februar 1991 mehr als 3 kg harter Drogen in Freiburg und Bern verkauft.
4. Bild Im Kanton Zürich ist eine chilenische Diebesbande von 30 Personen verhaftet worden.
5. Bild etc. etc.

*

Auf den 1. Juli hat Schweden das Gesuch um Beitritt zur EG gestellt. Im Gegensatz zu Oesterreich wurde nicht einmal ein Neutralitätsvorbehalt angemeldet. In diesem Zusammenhang hat der Ministerpräsident der Niederlande, die gegenwärtig den EG-Vorsitz führen, folgendes erklärt: "Die politische Union der EG werde auf lange Sicht eine klare Identität in Verteidigungsfragen bringen und es sei undenkbar, dass ein Mitgliedsland dann noch eigene politische Wege beschreiten könne." Dies gilt natürlich auch für die Schweiz.

*

Harte Worte finden Journalisten, Professoren und Politiker für diejenigen, die der Meinung sind, mit einer institutionellen Bindung der Schweiz an die EG pressiere es nicht. Es ist deshalb wohltuend, wenn der aussenpolitische Redaktor einer angesehenen Zeitung von "Eini-gungshysterie in Westeuropa" spricht. Hoffentlich ist es nicht nur ein Ausrutscher!

*

Von verschiedener Seite aus wird heute für den EWR eine Lösung angedeutet, die darin bestehen würde, dass ein solcher nur mit einer reduzierten Zahl von EFTA-Ländern abgeschlossen werden könnte. Es wäre eine durchaus gangbare Lösung, wenn ein EWR ohne die Schweiz zustande käme, z.B. weil ihn der Souverän ablehnt. Die Rumpf-EFTA, wie sie seit anfangs der 70er Jahre besteht, ist ein völlig anormales Gebilde. Wenn die Schweiz ausscheren würde, wäre dies für uns - und auch für die andern - nur von Vorteil.

*

Man kann für den EG-Beitritt der Schweiz sein und hoffen, dass es daraus wirtschaftliche Vorteile gibt. Es ist jedoch unredlich so zu tun, als ob daraus keine staatspolitischen Konsequenzen entstünden. Die Neutralität würde unmöglich, die Volksrechte und der Föderalismus beeinträchtigt und ganz wesentliche Teile unserer nationalen Souveränität wären verloren. Im Falle eines EWR würden nur graduelle Unterschiede eintreten, wobei insbesondere die Neutralität wohl beibehalten werden könnte. Sie würde aber wegen der engen Bindung an den Machtblock der EG unglaubwürdig.

*

Nach einer Studie von Prof. H. Weinhold von der Hochschule St.Gallen hätte ein EWR oder ein Beitritt zur EG eine erhebliche Verstärkung des Wettbewerbs mit sinkenden Margen und einer Abnahme der Verkaufsstellen

- 12 -

zur Folge. Die Klein- und Mittelbetriebe des Detailhandels würden nach dieser Studie am meisten unter "Euro-Sklerose" leiden, während umsatzstarke Unternehmen über eine gute "Euro-Fitness" verfügen ...

*

Über 20'000 EG-Beamte haben einen Warnstreik durchgeführt, weil sie mit der Gehaltspolitik nicht zufrieden sind.

*

Bundesrat Otto Stich hat in einem Interview erklärt, dass er die Kosten der Schweiz bei einer EG-Mitgliedschaft auf 2-3 Milliarden Franken pro Jahr schätze.

*

Bekanntlich hat die EG bei den EWR-Verhandlungen zusammen mit nachträglichen Forderungen auf Konzessionen im Landwirtschaftsbereich auch Begehren auf Bildung eines sogenannten Kohäsionsfonds gestellt. Es sind dies Unterstützungsbeiträge an die EG-Südstaaten. Die Spanier benahmen sich am rabiatesten und verlangten während 4-5 Jahren insgesamt einen Beitrag von 5 Milliarden EDU (8,5 Mia Franken), an den die Schweiz 30%, also 2 1/2 Mia Franken zu bezahlen hätte.

*

Der Hofbescheid zur Anfrage unseres Mitgliedes an den Bundespräsidenten über die Einseitigkeit der Information aus dem Bundeshaus über EG/EWR ist eingetroffen. Man erklärt ohne Schamröte, dass "im Integrationsbüro bewusst beide Seiten, d.h. positive und negative Auswirkungen einer Annäherung an den EWR bzw. an die EG dargestellt werden". Diejenigen, die schon einmal ein Referat eines Beamten dieses Büros angehört haben, werden diese "Objektivität" bestätigen ... !

*

Oesterreich will der EG beitreten und zwar lieber heute als morgen. Nach einer Meinungsumfrage sind es aber nur 48% der Bevölkerung, die dies wünschen, gegenüber 52% vor drei Jahren! Das Volk hat aber in Oesterreich zu dieser Frage nichts zu sagen, im Gegensatz zu uns, wo Volk und Stände über einen Beitritt zum EWR und erst recht zur EG abschliessend zu entscheiden haben.

*

Die Arbeitslosigkeit in der EG wird wahrscheinlich in den kommenden zwei Jahren weiter zunehmen, zugleich soll es zu einem Mangel an Facharbeitern kommen. Besondere Problemgruppen seien junge Menschen unter 25 Jahren, Langzeitarbeitslose und Frauen, heisst es im jüngsten Beschäftigungsbericht der EG-Kommission, in dem auch auf die anhaltende Kluft zwischen den reichen und den armen Mitgliedsländern hingewiesen wurde. Für das kommende Jahr rechnet die Kommission mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 9,2 Prozent, im laufenden Jahr beträgt sie 8,7 Prozent.

Zur Erinnerung sei festgestellt, dass die Arbeitslosigkeit in der Schweiz trotz den Entlassungen, die täglich in den Zeitungen gemeldet werden, nur 1,3% beträgt! Beschäftigungslose junge Leute, die arbeitswillig sind, gibt es bei uns überhaupt nicht.

*

Gemäss einem Interview in der "Schweizer Illustrierten" ist der EWR-Vertrag für die Schweiz ein "drittklassiges Thema" für Nationalratspräsident Ulrich Bremi. Er sei vor dem Hintergrund der Pläne für eine Politische Union in Europa unerheblich ...

*

Die Lupe

Informationsbulletin
für eine offene, demokratische Gesellschaft

10. Jahrgang
Nr. 4 November 1991

Nationalratswahlen: Denkzettel für die grossen Bundesratsparteien

Als einzige Bundesratspartei kann die SVP mit dem Ausgang der Nationalratswahlen zufrieden sein. Es ist ihr immerhin gelungen, ihren Besitzstand zu wahren. Obwohl dies auch für die SPS zutrifft, gehört diese zu den grossen Verlierern: Sie wiederholte ihr auch historisch gesehen katastrophales Resultat von 1987. Die CVP mit sechs und die FDP mit sieben Sitzverlusten sind die Opfer der Autopartei mit sechs Sitzgewinnen und der Lega dei Ticinesi.

Die Einbussen der beiden grossen Parteien CVP und FDP sind ohne Wenn und Aber auf die teils zögerliche, teils völlig unverständliche Haltung der einzelnen Bundesräte unter Duldung des Parlamentes zurückzuführen. Die wichtigsten Bereiche, wo sich Volkswille und Regierungswille nicht decken, sind die folgenden: Asylpolitik, Drogenpolitik, nationale Sicherheit, Bundesfinanzen, Umweltschutz, europäische Integration, Tempolimiten, SRG-Monopol.

Es überrascht nicht, wenn gerade in diesen Bereichen auch öffentliche Meinung und veröffentlichte Meinung auseinanderklaffen. In ihrem Bestreben, die Gunst der Öffentlichkeit zu erlangen, hat die Regierung zu oft vergessen, dass sie nicht den Medien, sondern dem Volke zu gefallen hat. Mit der zeitlich begrenzten Senkung der Tempolimiten und der Ankündigung, die Treibstoffzollerträge zu erhöhen, hat es der Bundesrat wahrlich verstan-

den, beste Wahlpropaganda für die Autopartei zu betreiben.

Erfreuliche Quintessenz des Urnenganges ist, **dass sich das Doppelspiel der SPS nicht gelohnt hat:** Die Bodenmann/Hubacher-Strategie der ständigen Desavouierung des Bundesrates durch die Regierungspartei SPS hat beim Volk nicht verfangen. Im Aargau hatte dies der führende Linksideologe Dr. Zbinden sogar mit seiner Abwahl zu büssen.

Mit der SVP ist die kleinere bürgerliche Bundesratspartei am besten davongekommen. Als einzige hat sie in den oben erwähnten Problemkreisen, in welchen sich die Regierung schwer tut, eine klare Linie verfolgt und es gewagt, sich dem Kreuzfeuer der Massenmedien zu stellen. Die Spitzenresultate der Nationalräte Dr. Blocher und Frey im Kanton Zürich sowie Dr. Reimann im Aargau sind der Lohn für den klaren Kurs der SVP. FDP und CVP müssen sich auch überlegen, ob es für sie noch tragbar ist, dass ihre Herren Parteisekretäre in vielen Fällen ohne Rücksprache mit der Parteileitung geschweige denn mit dem Einverständnis des Parteivolkes die Parteimeinung verkünden.

Mit Befriedigung nimmt die Aargauische Vaterländische Vereinigung zur Kenntnis, dass gerade diejenigen Parteien gestärkt aus dem Urnengang hervorgehen, die es gewagt haben, «heisse Eisen» wie die offizielle Drogen- oder Asylpolitik zur Diskussion zu stellen. Gerade im Aargau täten die

bürgerlichen Parteien (inklusive CVP) gut daran, ihre der Autopartei gegenüber herablassende Art zu überdenken. **In der Sache überzeugende Vorschläge müssen unterstützt werden, auch wenn der Absender Autopartei heisst und dies der Nomenklatura in gewissen Parteizentralen nicht genehm ist.** Mit der Ausnahme der Standesinitiative zum Asylwesen hat der Grosse Rat einen ersten Schritt getan.

Wenn weiterhin Befangenheit und Vorurteile das Verhältnis der bürgerlichen Regierungsparteien zu der Autopartei prägen sollten, ist die **Erosion des Regierungslagers** kaum mehr aufzuhalten – auf kantonaler wie auf Bundesebene. Die bürgerlichen Politiker sind aufgerufen, mit offenem Denken und konsequentem Handeln dem Einfluss der Medien und der Macht der Verwaltung Einhalt zu gebieten. Dabei darf politischer Futterneid in Zukunft keine Rolle mehr spielen.

J.-P. G.

**Dem Kapitalismus wohnt ein Laster inne:
die ungleichmässige Verteilung der Güter;
dem Sozialismus hingegen wohnt eine Tugend inne:
die gleichmässige Verteilung des Elends.**

Churchill

Der Aargau – grösster Energielieferant der Schweiz

Energie im Aargau

Unter diesem Motto stand die dies-jährige Vereinsreise.

Der Kanton Aargau steht an fünfter Stelle der Wasserkraft produzierender Kantone, direkt hinter den Gebirgskantonen. **Zusammen mit den AKW's ist der Aargau Stromlieferant Nummer Eins, produziert er doch einen vollen Drittel des gesamtschweizerischen Stromverbrauchs.** Diese Tatsache, die vielen Stromkonsumenten kaum bewusst ist, hatte die Vereinsleitung bewegt, zwei der wichtigsten Zentren der Energie-Produktion und Verteilung zu besuchen.

Wie üblich wurden auch dieses Jahr die Exkursionsteilnehmer mit einem modernen Car der Firma Knecht, Windisch, an verschiedenen Sammelpunkten abgeholt. Über Aarau führte die Reise nach Laufenburg, dem altherwürdigen Städtchen am Rhein, das seit jeher für Produktion und Verteilung von Strom eine wichtige Rolle gespielt hat.



EGL-Laufenburg: Gesamteuropäische Schaltstelle

Unser erster Besuch galt der Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG (EGL). Im Laufe verschiedener Besichtigungen wurde uns bewusst, dass die EGL nicht nur innerhalb der Schweiz, sondern gesamteuropäisch eine Schlüsselstellung innehat.

Die erste Stunde unserer Besichtigung war eine hochinteressante Schulstunde, in der uns anhand eigens hergestellter Kleinmodelle das Prinzip der Stromerzeugung und Verteilung nahe gebracht wurde.

Anschliessend wurden wir in den Kommandoraum geführt, von wo aus

die Verteilung des gesamten westeuropäischen Stromverbunds geregelt und überwacht wird. Hier werden die gesamten Ein- und Ausfuhren der Energieproduktion Europas geschaltet, überwacht und verrechnet. Dank diesem Verbundnetz ist die europaweite qualitative und quantitative Sicherheit der Stromversorgung gewährleistet. Vollautomatisch und EDV unterstützt erfolgen hier die notwendigen Kontroll- und Überwachungsarbeiten. Selbst Störfälle werden ohne zutun des Betriebspersonals gelöst. Nach diesem Einblick in eine weitgehend unbekanntes Schlüsselstellung der europäischen Stromverteilung, die die kleine Schweiz innehat, ging die Fahrt weiter nach Augst.

Wasserkraft-Werk Augst: Verdoppelung der Leistung

Hier besuchten wir die spektakuläre Baustelle der Kraftwerke Augst AG. An der Grenze zum Kanton Baselland wird ein kleineres Flusskraftwerk mit sehr grossem Aufwand auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Durch den Einbau hochmoderner Turbinen kann die Leistung annähernd verdoppelt werden. Für diese Erneuerung sind 200 Millionen Franken veranschlagt.

Energie-Lebensblut der modernen Industrie- Gesellschaft

In einem dritten Teil unserer hochinteressanten Besichtigungen gab uns Herr Bühler vom AEW Aarau einen Einblick in die Problematik der künftigen Energieversorgung. Der jährliche Mehrbedarf an Strom steht krassem Gegensatz zu politischen Forderungen weiter Kreise, die einen Weiterausbau von Energieproduktions- und Verteilanlagen verhindern wollen.

Der Griff nach dem Energiehahnen

Die Volksinitiative «Zur Rettung unserer Gewässer», die im Februar 92 zur Abstimmung kommen wird, stellt den Versuch dar, uns von der eigenständigen Versorgung mit Energie abzuschneiden. Diesmal geht es nicht um Kernenergie, sondern um die umwelt-

Umstrittene Wasserkraft-Projekte

Grimsel West (Kanton Bern)
Val Curciosa (Kanton Graubünden)
Val Madris (Kanton Graubünden)
Lage Bianco (Kanton Graubünden)
Kraftwerke Ilanz I und II
(Kanton Graubünden)
Rheinkraftwerke Schweiz/Liechtenstein (Kanton St.Gallen)
Hydro-Rhône (Kanton Wallis)
Pfywald (Kanton Wallis)
Doubs (Kanton Jura)

Gegen die Wasserkraft- nutzung sprechen sich folgende Kreise aus:

- Fischereikreise
- Rheinaubund
- Naturschutz und
Landschaftsschutzgruppen
- Schweiz. Landeskomitee für
Vogelschutz
- Schweizerischer Bund für Natur-
und Heimatschutz
- Schweizerische Gesellschaft für
Umweltschutz (SGU)
- Schweiz. Naturfreunde/Schweiz.
Touristenverein
- Grüne und Linke Parteien
- WWF/Greenpeace
- viele Atomgegner
Gruppierungen

freundliche sich selbst erneuernde Wasserkraft. Es geht dabei nicht nur um die Verhinderung neuer Wasserkraftwerke, sondern **auch die Erneuerung bestehender Werke soll verhindert werden.**

Man muss sich fragen, wer an einer derart unsinnigen Aktion interessiert sein kann. – Sind es Leute, die ganz bewusst den Zusammenbruch unseres Systems im Auge haben? Das Mäntelchen eines angeblichen Gewässerschutzes ist etwas zu durchsichtig.

Nach einem Apéro, spendiert von der Kraftwerk Augst AG treten wir die Rückfahrt an. Alle Teilnehmer sind beeindruckt von den vielseitigen Einblicken in den hohen Stand der aargauischen Stromversorgung.

Mit einem herzlichen und aufrichtigen Dank an Bruno Weise, dem Organisator dieses hochinteressanten Tages verabschieden sich die Teilnehmer mit der Hoffnung auf eine ebenso instruktive Exkursion im kommenden Jahr.



Die Armee weiterhin im Schussfeld unserer Monopol-Medien

Vier Beispiele zum gestörten Verhältnis der Monopolmedien gegenüber der Armee

Beispiel Nr. 1:

«Bleibt der Krawall aus, ist ein Vorbeimarsch kein Thema.»

Ein Fernseh-Team kehrt ohne Bilder nach Hause, denn der erwartete Krawall blieb aus. Ein Vorbeimarsch von 3000 Mann ohne Krawall ist kein Thema für Fernsehen DRS. Näheres dazu siehe Kasten.

Beispiel Nr. 2:

«In aller Hergottsfrühe (Zitat Waffenplatzgegner) war Fernsehen DRS aufnahmebereit...»

Näheres zur Waffenbrüderschaft zwischen Waffenplatzgegnern und Fernsehen nebenstehend.

Beispiel Nr. 3:

Die SRG auf schlüpferigem Pfad – der Cornu-Bericht bringt es an den Tag.

Nationalrat Dr. Maximilian Reimann stellt unbequeme Fragen.

Beispiel Nr. 4:

Jeanmaire im Glück.

Dreiköpfiges Fernseh-Team begleitet den als Landesverräter verurteilten Jeanmaire nach Moskau. Welches ist der tiefere Grund dieser unverdienten Ehrbezeugungen?

**Freiheit bedeutet
Verantwortlichkeit.
Das ist der Grund,
weshalb die meisten
Menschen sich von
ihr fürchten.**

Bernhard Shaw

Zum Beispiel Nr. 1: «Ohne Krawall keine Bilder»

Vorbeimarsch Inf Rgt 14 vom 5.9.1991 auf der Papiermühlestrasse.

Vor Beginn dieses Vorbeimarsches war eine Fernseh-Team mit einem Journalisten auf Platz. Als das Fernseh-Team erkannte, dass der angesagte Krawall nicht stattfindet, verliess es die Veranstaltung ohne Aufnahmen zu machen. Ein Vorbeimarsch von 3000 Mann, die während 3 Wochen ihre Staatsbürgerpflichten erfüllten, ist für Fernsehen DRS kein Thema, wohl aber krawallierende Armeegegnern.

Zum Beispiel Nr. 2: Eigenartige Waffenbrüderschaft

Frühmorgens bevor irgend eine Aktion erfolgte, standen die Fernseh-Kameras auf dem Waffenplatz Neuchlen-Allschwilen bereit. Die tendenziöse Berichterstattung am Abend, x-fach länger als über die zentralen sanktgallischen Jubiläumsfeierlichkeiten waren der Beweis für die offensichtliche Waffenbrüderschaft zwischen Fernsehen und Waffenplatzgegnern.

Die Interessengemeinschaft für sinnvolle und glaubwürdige militärische Ausbildungsplätze in der Ostschweiz (Isga) hat in einem offenen Brief an Radio und Fernsehen DRS Auskunft über eine Reihe von Fragen gestellt, wie etwa, «Weshalb war am Montagmorgen das Fernsehen bereits mit den allerersten Aktivisten vor Ort?» – oder «Ist es angesichts der aktuellen Finanzausstattung des Fernsehens DRS gerechtfertigt, Dauerpräsenz auf Neuchlen-Anschwilen zu markieren?» usw.

Zum Beispiel Nr. 3: Cornu-Bericht zu P 26: Desinformation durch SRG-Sendungen

Interpellation von Nationalrat Maximilian Reimann am 4. Oktober 1991 und 47 Mitunterzeichner.

Der vom Neuenburger Untersuchungsrichter Pierre Cornu erstattete Schlussbericht an den Bundesrat hat beträchtliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit der von der SRG beigezogenen Informanten zutage gefördert.

Nationalrat Reimann stellte unter anderem folgende Fragen an den Bundesrat: Ist der Bundesrat der Meinung, Sendungen mit derart fragwürdigen Informanten seien mit dem Art. 4 der SRG-Konzession statuierten Programmauftrag noch vereinbar?

Ferner: Ist der Bundesrat bereit, bei der SRG darauf hinzuwirken, dass sie ihre im Zusammenhang mit EMD-PUK und P 26 ausgestrahlten Desinformationen berichtigt?

Es folgten eine Reihe weiterer Fragen, die wir aus Platzgründen wegzulassen gezwungen sind.

Es ist sehr verdienstvoll, dass Nationalrat Reimann diese Interpellation an den Bundesrat richtet. Auf die Beantwortung darf man gespannt sein.

Zum Beispiel Nr. 4: Jeanmaire im Glück.

Eigenartig, welche Ehre unser Fernsehen dem alten Herrn zuwendet. Weder Zeit noch Geld scheint eine Rolle zu spielen. Wem fällt schon die Ehre zu, von einem dreiköpfigen Fernseh-Team nach Moskau begleitet zu werden (mit dabei waren: Christoph J. Müller, Kameramann, Werner Reber und Tontechniker Gregor Zindy).

Das Schweizer Fernsehpublikum wurde an zwei Abenden mit den Szenen von der Wiederbegegnung der alten Freunde Jeanmaire und Wassili Denissenko, beglückt.

Was ist der Hintergrund dieser unverhältnismässigen Ehrbezeugungen? Walter Eggenberger von «10 vor 10» hat es selber ausgesprochen, indem er erklärte: «Über dieser Affäre wächst einfach kein Gras darüber». Warum nicht? Weil immer wieder eine Mediengeiss kommt und es wegfrisst aus lauter Freude an der Aufrechterhaltung eines Klimas von Skandal und Verdächtigungen.

Aargauer Tagblatt:

Divisionär Gustav Däniker bei der Aargauischen Vaterländischen Vereinigung

«Operation Wüstensturm»: Brillant aber nicht zeitgemäss.

Der Golfkrieg war ein brillanter Feldzug, ein Beispiel klassischer Kriegsführung, die aber nicht mehr zeitgemäss ist: So lautet das Fazit des durch die Aargauische Vaterländische Vereinigung (AVV) organisierten Vortrages von Divisionär Gustav Däniker in Aarau. Der Krieg um Kuwait, so Dänikers These, habe gezeigt, dass an die Streitkräfte neue Anforderungen gestellt werden müssen.

Es war wohl nicht allein die jüngste Entwicklung in Irak, welche die Zuhörer in Scharen zum Vortrag von Divisionär Däniker in den Aarauer Gasthof zum Schützen trieb, sondern vor allem die Frage, welche militärischen Lehren zu ziehen seien. Die Anwesenheit von Divisionär Frey samt einem Teil seines Stabes der Felddivision 5 unterstrich das Interesse an der oben genannten Problemstellung.

Der Feldzug zur Befreiung Kuwaits sei eine gewaltige militärische Leistung gewesen, obwohl ein Teil des Planes,

nämlich die Vernichtung der Republikanischen Garde, nicht gelungen sei. Trotzdem, fügte Däniker bei, sei der Feldzug «nicht mehr zeitgemäss» gewesen.

Neue Anforderungen an die Streitkräfte

Däniker unterbreitete seinem aufmerksamen Publikum sieben Thesen zum künftigen Gebrauch von Streitkräften.

Däniker hält die Intervention für wichtiger als den Kampf. Der Gegner müsse bestraft, nicht aber vernichtet werden.

Gefordert seien Flexibilität und Multifunktionalität, sowie die Fähigkeit zur Existenzsicherung von Mensch und Umwelt.

Dieses neue Anforderungsprofil sollte sich auch auf die schweizerische Sicherheitspolitik auswirken. Neben dem Auftrag, den Krieg zu verhindern und das Land zu verteidigen, müsse die Schweiz auf internationaler Ebene zur Friedenssicherung beitragen.

Können wir uns einen EG-Beitritt leisten?

Gegenwärtig werden in der Schweiz die Trommeln für ein Ja des Schweizervolkes zum EWR-Vertrag und für einen EG-Beitritt gerührt.

Wie seinerzeit vor der UNO-Abstimmung werden die Folgen eines **Neins** in schwärzesten Farben geschildert.

Stimmt das? Müssen wir beitreten, um wirtschaftlich überleben zu können? Entscheidend bleibt, ob die schweizerische Wirtschaft auch in Zukunft konkurrenzfähig bleibt. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, ob unsere Konkurrenzfähigkeit durch einen Beitritt gestärkt oder geschwächt würde.

Sozialpolitische Nivellierung

Mit dem EWR-Vertrag hätten wir die EG-Sozialgesetzgebung zu übernehmen (Mitbestimmung, Reduktion der Arbeitszeit usw.). Durch die Übernahme einer Unzahl weiterer Reglementierungen würde die Leistungskraft unserer Wirtschaft entscheidend geschwächt. Es ist verständlich, dass unsere Gewerkschaften hohes Interesse für raschen Beitritt bekunden, hoffen sie doch, auf diese Weise ihre sozialpolitischen Forderungen durch die Hintertüre verwirklichen zu können.

Die zentralistische EG – Gegenmodell des schweiz. Föderalismus

Wenn wir durch einen Anschluss in wirtschaftlicher Hinsicht eher verlieren als gewinnen, würden wir auf der psychologischen Ebene Selbstmord begehen. Professor Karl Schmid hat schon 1966 gesagt: «Wir dürfen die europäische Integration nicht allein den Wirtschafts-Experten überlassen, denn die Vereinigung Europas ist weniger ein wirtschaftliches, sondern vor allem ein psychologisches Problem.»



Rudolf Burger, langjähriger Präsident der AVV, konnte wenige Tage vor Erscheinen dieser Lupe seinen 70. Geburtstag feiern. Er hat als Verantwortlicher der Lupe eine neue Herausforderung und Verantwortung gefunden.

Rudolf Burger schreibt aber nicht nur für die Lupe, sondern hat selber eine Reihe von Büchern herausgegeben.

Rudolf Burger wehrt sich gegen das Herunterreißen von Geschichte, Tradition und Heimat. Er wendet sich dem suchenden Menschen zu. Er möchte ihn hinführen zu bleibenden Werten. Der gerade jetzt neu erschienene Band «Zeichen der Hoffnung über dem Schatten der Zeit» enthält Gedanken, die über das Jubiläumsjahr hinausweisen.

Die schön gestalteten Bändchen eignen sich als Geschenke besonderer Art. – Bitte beachten Sie die beiliegende Antwortkarte!

J. Vollmar

V o r a n z e i g e :

**Generalversammlung der AVV:
16. Januar 1992
Restaurant Haller, Lenzburg
Referent: Reg.-Rat Dr. Th. Pfisterer**

Impressum:

Die **Lupe**

Herausgeber: Aargauische Vaterländische Vereinigung, Postfach, 5001 Aarau

Postcheck: Konto 50-3832

Redaktion:
R. Burger, J.-P. Gallati, B. Weise

Erscheinungsweise:
Mindestens viermal jährlich

Druck:
Müller Druck Lenzburg AG

Korrespondenz: über Postfach, 5001 Aarau

Abdrucksrechte:
Auch teilweise, unter Quellenangabe gestattet